



der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 4/2017



Hoffnung auf „berlinpass“

Workuta – die zweite Universität

Anerkennung ausweiten

„Auf die Straße gehen und protestieren“

Demonstration „DDR-Flüchtlinge“ von IEDF und VOS am 21. März 2017 in Berlin

Das Thema „DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Rentenüberleitung“ ist den politisch Interessierten hinreichend bekannt. Es ist ausgerechnet die Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“, die sich nach dem glücklichen Ereignis der Wiedervereinigung auf der Verliererseite wiederfindet. Es geht hier nicht um Aufarbeitung und Wiedergutmachung von DDR-Unrecht. Es geht einzig und allein um die Rückabwicklung eines Unrechts, das nach dem Beitritt der DDR ins Leben gerufen wurde und schäbigerweise mit der Wiedervereinigung begründet wird.

Eine moralische, politische und soziale Demütigung, die nach Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit schreit. In Ausgabe 1/2017 wurde über den „Asymmetrischen Kampf“ berichtet, mit dem die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge (IEDF) von der Bundesregierung erreichen will, daß die vom Gesetzgeber nicht gewollte Einbeziehung der DDR-Altübersiedler in den Prozeß der Rentenüberleitung rückabgewickelt wird.

Die Politik der unionsgeführten Regierungen ist offensichtlich nicht bereit, das zu Lasten der ehemaligen DDR-Flüchtlinge verletzte Recht wiederherzustellen. Und das Parlament ist aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nicht imstande.

Was kann man in einer solchen Situation tun? Auf die Straße gehen und protestieren.

Über die Demonstration vom 21. März 2017 – sie war nicht die erste, die von IEDF und VOS gemeinsam durchgeführt worden ist – soll hier kurz berichtet werden.

Die Teilnehmer kamen aus allen Teilen der Bundesrepublik. Von ihnen waren die meisten im höheren Lebensalter. Viele, die gern gekommen wären, konnten aus gesundheitlichen oder finanziellen Gründen nicht nach Berlin fahren. Es gibt keine NGOs, von denen Unterstützung für Flüchtlinge aus der ehemaligen DDR erwartet werden könnte.

IEDF und VOS hatten eine Resolution vorbereitet (s. „der stacheldraht“, Ausgabe 3/2017, S. 9, „Rechtspositionen wieder herstellen“). Die Demonstranten trafen sich am 21. März 2017, 14.00 Uhr am

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). Hier wurde die Resolution von den Teilnehmern unterschrieben. Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Menschenrechte, Prof. Dr. Matthias Zimmer (CDU), hat die Resolution entgegengenommen und zugesagt, sie dem Bundestagspräsidenten zuzustellen. (Das hat er auch getan. Vom Bundespräsidialamt hieß es, die Resolution sei „an den Petitionsausschuß verfugt“. Dort verliert sich die Spur. An die Adressaten „Damen und Herren Abgeordnete des 18. Bundestages“ ist die Resolution jedenfalls bis jetzt noch nicht gegangen.)

Die Polizei hatte für den Demonstrationsszug die Straßen abgesperrt. Der Weg führte vom BMAS zum Bundeskanzleramt. Schon vor dem Hause der Bundesministerin Andrea Nahles gab es einige deutliche Reden, in denen gegen die unsachliche Zurückweisung der Petition protestiert wurde, die von 2006 bis 2015 auf dem Tisch des Bundestages gelegen hatte und deren Forderung immerhin von allen im Bundestag vertretenen Parteien getragen worden war.

Bereits als die von Lautsprechern unterstützten Reden begannen, wurden die Fenster im Ministerium demonstrativ geschlossen und die Vorhänge zugezogen. Der nächste Halt des Demonstrationsszuges war das Ministerium für Finanzen. Auch hier stellte man sich taub.

Besonders interessant wurde es vor dem Paul-Löbe-Haus. Hier wurden die Abgeordneten von einem Mitglied des Bundestages sehr deutlich mit der Schande ihres Nichthandelns konfrontiert. Matthias Birkwald von der Fraktion Die Linke war es, der seinen Abgeordnetenkollegen und -kolleginnen das Unrecht vorhielt, das den ehemaligen DDR-Flüchtlingen durch die wiedervereinigte Bundesrepublik Deutschland zugemutet wird. Als Mitglied des Bundestages, der bisher nicht imstande war, das Unrecht zu heilen, entschuldigte er sich dafür. Er betonte die Paradoxie, daß es ausgerechnet ein Vertreter der Linken sei, der, wie er sagte, „Nachfolgepartei der SED“, vor deren Regime sie einst geflohen waren, der sich jetzt für die Wiederherstellung des Rechtes einsetze, das zu ihren Lasten von der Bundesrepublik verletzt wurde, die sie früher als Hort des Rechts angesehen hatten.

Das anzumahnen und zu regeln wäre an erster Stelle eigentlich Sache der beiden Unionsparteien. Aber die verschanzen sich in einem Schweigekartell.

Der SPD warf Birkwald mit Recht vor, daß sie das Erbe des unvergessenen Ottmar Schreiner verspielt habe, indem sie sich dem Diktat der Union gebeugt und sich in dieser Legislaturperiode um 180 Grad gedreht habe. Er sagte: „Gäbe es die DDR heute noch, brauchten sich die DDR-Flüchtlinge nicht über eine Verletzung ihrer Rechte zu beklagen.“ Und: „Wir sehen es als Opposition im Parlament als unsere Pflicht an, den gedemütigten DDR-Flüchtlingen eine Stimme zu geben.“ Er unterstrich, daß Die Linke die auf der Demonstration verabschiedete Resolution von IEDF und VOS voll unterstützte.



Auch während der Demonstration angeregte Diskussionen.

Auch hier: Kein Abgeordneter aus dem Regierungslager ließ sich sehen.

Die letzte Station war das Bundeskanzleramt. Der Vorsitzende der IEDF, Dr. Jürgen Holdefleiß, sprach in seiner Rede die Bundeskanzlerin direkt an. Er erinnerte sie daran, daß sie aus derselben DDR stamme wie die Menschen, die von der IEDF vertreten werden. Sie habe allerdings das Glück, daß sie für ihre politische Karriere Verhältnisse vorgefunden habe, die von anderen geschaffen worden seien. Die Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ habe einen wesentlichen Anteil daran, daß das SED-Regime im Herbst 1989 gestürzt werden konnte. Zu dieser Zeit habe Angela Merkel noch an die Zukunft des Sozialismus geglaubt.

„Eigentlich müßten Sie sich bei den DDR-Flüchtlingen bedanken, anstatt für deren





Am Potsdamer Platz.

Bestrafung zu sorgen“, sagte der IEDF-Vorsitzende.

Er verwies darauf, daß sie als Kanzlerin der Willkommenskultur jenen, die „neu dazugekommen sind“, ein freundliches Gesicht gezeigt habe, was auf unzähligen Selfies festgehalten sei. Die ehemaligen DDR-Flüchtlinge, die ja eigentlich ihre historischen Landsleute seien, würden seit ihrer Amtsübernahme vergeblich auf ein freundliches Gesicht von ihr warten. Im Gegenteil.

Der Redner warf ihr vor, daß sie ihre Richtlinienkompetenz, über die sie seit 2005 verfügt, dafür nutze, die Lösung des Konfliktes zu verhindern. Sie habe

keinen der an sie gerichteten Briefe des Vorstands der IEDF beantwortet. Sie habe auf den in mehreren Printmedien wie auch Online veröffentlichten „Offenen Brief“ von 2012 nicht reagiert, mit dem ihr nahegelegt wurde, den Antrag auf eine abstrakte Normenkontrolle zu stellen. Sie habe 2015 Ministerin Andrea Nahles die Anweisung gegeben, die aus mehreren hundert Einzelpetitionen bestehende Sammelpetition mit einer ablehnenden Stellungnahme zu versehen.

Es mure in der Tat etwas merkwürdig an, daß die Bundeskanzlerin ihre Richtlinienkompetenz nutze, um auf ein vergleichsweise nachrangiges Problem wie das der DDR-Altübersiedler direkt und persönlich Einfluß zu nehmen, und sie diese Entscheidung quasi zur Chefsache gemacht habe.

Der Redner schloß mit den Worten: „Wir fordern Sie auf, unverzüglich den Mißbrauch des RÜG abzustellen und anzuweisen, daß der status quo ante wieder hergestellt wird.“

Der Organisator der Demonstration, Dr. Wolfgang Mayer, hatte im Vorfeld sehr professionell für Pressemitteilungen gesorgt. Die Märkische Oderzeitung brachte

einen Artikel, in dem sie von mehreren hundert Teilnehmern sprach. Die großen Printmedien haben es leider nicht für nötig gehalten, von dem Ereignis Kenntnis zu nehmen.

Der MDR machte eine Aufnahme, von der sich eine kurze Sequenz in dem Beitrag wiederfand, der am Abend im Format „Umschau“ ausgestrahlt wurde.

Es war ein durchaus passender und geradezu würdevoller Abschluß der Demonstration, daß die MDR-Fernsehzuschauer am Abend des 21. März 2017 aktuell zur besten Sendezeit über das Unrecht informiert wurden, das die Politik den ehemaligen DDR-Flüchtlingen zumutet, und gleichzeitig zur Kenntnis nehmen konnten, daß diese dagegen auf die Straße gehen. Für die Tagesschau ist das mehr als 300 000 Bundesbürger quälende Unrecht dagegen keine Meldung wert.

Leider wird jedoch auch diese Aktion noch nicht die letzte bleiben können, da von der noch amtierenden Bundesregierung keine Anstalten gemacht werden, die Bestrafung der Generation Flucht-Ausreise-Freikauf für ihren Verrat an der DDR rückgängig zu machen.

Siegfried Ulrich (IEDF)

Gedanken zum Gedenken

Zur Einweihung eines neuen Gedenkkreuzes in Sachsenhausen

Am 22. März 2017 errichtete die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 „An der Düne“ (außerhalb des Lagergeländes an einer der drei Massengrabanlagen des Speziallagers) ein neues Gedenkkreuz für 14, zumeist jugendliche, Wittenberger Todesopfer kommunistischer Willkür. Die Schriftführerin der Arbeitsgemeinschaft, Mariagnes Penne, las bewegende Ausschnitte aus einem Buch Wittenberger Zeitzeugen.

Die Leidenswege der Wittenberger Demokraten sind beschrieben im Buch von Gisela Gneist und Günther Heydemann „Allenfalls kommt man für ein halbes Jahr in ein Umschulungslager“ (ISBN 3-00-011007-0), erschienen 2002. Zeitzeugen, die den Autoren des Buches zuarbeiteten, erinnerten sich genau.

Oft sind Hafterlebnisse um so wahrhaftiger, je früher sie nach dem Erlebten publiziert werden, z.B. in dem 165sei-

tigen Buch „Bolschewismus nackt. Ein Kommunist erlebt sowjetisches KZ“, von André Sonnet, erschienen 1951 im Bollwerk-Verlag Offenbach. Häufige Mängel früherer Publikationen zu Stalins Lagern sind fehlerhafte Angaben der Todesraten und geringe Einbettung der individuellen Erlebnisse in den historischen Kontext.

Dreizehn Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft und elf Gäste von anderen Opferverbänden verharnten im Gedenken.

Keiner der geladenen Vertreter von Kommunalpolitik und Parteien erschien, auch kein Einwohner aus der Region – trotz deutlicher Voran-

kündigung in der Märkischen Allgemeinen Zeitung.

Genauso wenig Teilnehmer kamen eine Woche zuvor zum Gedenken an rund 2000 Oranienburger Bombentote des 15. März 1945. (Eingeladen hatten die Stadtverwaltung, das Forum gegen rechte Gewalt und Rassismus und die evangelische Kirchengemeinde Oranienburg.)

Drei geladene Journalisten notierten und fotografierten.

Mit Ausnahme des Oranienburger Gene-



Beim Gedenken: der Vorstandsvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Joachim Krüger (l.), und sein Stellvertreter, Michael Ney.